

Great Transformation: Die Zukunft moderner Gesellschaften

Prof. Dr. Klaus Dörre, FSU Jena

**30. ordentlicher Bundeskongress der
NaturFreunde Deutschlands e.V.**

31. März bis 2. April 2017 in Nürnberg

Gliederung:

1. Die These: Große Transformation
2. Die Zäsur: Ökonomisch-ökologische Zangenkrise
3. Neuen Herausforderungen: repulsive Globalisierung
4. Sackgassen: autoritärer Kapitalismus?
5. Weichenstellungen: Kernprojekte einer demokratischen Transformation

Sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

1. Die These: Große Transformation

Gegenwärtig erleben wir eine Zeitenwende. Wer hätte vor einem Jahr gedacht, dass wir uns am 1. Mai treffen und der US-Präsident heißt Donald Trump? Und wer hätte ernsthaft geglaubt, dass ein rassistischer Hassprediger und Kriegsbefürworter wie Stephen Bannon zeitweilig im nationalen Sicherheitsausschuss der USA sitzen konnte – einem Gremium, das über den Einsatz von Atomwaffen entscheidet?

Trump steht für eine brandgefährliche Entwicklung, die manche das Zeitalter des Postfaktischen nennen. Man kann es auch deutlicher sagen: Die Lüge hat der Wahrheit den Kampf angesagt. Mit sogenannten alternativen Fakten schaffen sich Populisten vom Schlage Trumps ihre eigene Wahrheit. Von Menschen gemachter Klimawandel, wie weit mehr als 90 % der Wissenschaftler behaupten? Fake News, sagt Trump. Von den Chinesen in die Welt gesetzt, um der us-amerikanischen Wirtschaft zu schaden. Das erinnert an George Orwells Roman 1984. Dort indoktriniert ein Ministerium für Wahrheit die Menschen mit Neusprech:

Krieg ist Frieden

Freiheit ist Sklaverei

Unwissenheit ist Stärke

(George Orwell, 1984, S. 23)

lautete die Botschaft, mit der in Orwells 1984 regiert wurde. Gegen Neusprech, liebe Kolleginnen und Kollegen, hilft nur die Wahrheit, helfen nur Fakten! Und Fakten brauchen Öffentlichkeit. Wo die Wahrheitssuche bedroht ist, haben WissenschaftlerInnen keine Wahl. Sie müssen den Elfenbeinturm verlassen und sich mit allen verbünden, die ein Interesse an Fakten haben, weil modischer Neusprech sie mit Ungerechtigkeit, Ungleichheit, Unsicherheit und Ausbeutung aussöhnen will.

Dass ich mit solchen Sätzen einleite deutet bereits an, wovon ich heute sprechen will. Meine zentrale These lautet: Ob wir es wollen oder nicht, wir befinden uns inmitten einer großen gesellschaftlichen Transformation, die in manchem an jene Doppelbewegung erinnert, die Karl Polanyi 1944 beschrieben hat. Diese große Transformation lässt sich nicht aufhalten,

aber doch in ihrer Richtung durch politische Weichenstellungen entscheidend beeinflussen. Der Kern dieser Transformation besteht darin, dass das Projekt der marktradikalen oder neoliberalen Globalisierung trotz aller Kontinuitäten als expansives Wachstumsprojekt an sein Ende gelangt ist. Die Revitalisierung des Kapitalismus, so sie denn möglich ist, muss andere Wege beschreiten. Längerfristig sind aber auch Systembrüche möglich.

2. Ökonomisch-ökologische Zangenkrise

Wie lässt sich das begründen? Zunächst einmal damit, dass wir uns klarmachen, was genau die Krisendekade seit 2007 ausmacht. Ich bezeichne diese Umbruchperiode als ökonomisch-ökologische Zangen- oder Doppelkrise. Diese Kategorie, die dem ökosozialistischen Diskurs entlehnt ist, hebt hervor, dass sich in der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise zwei langfristige Entwicklungslinien kreuzen – rasches und permanentes Wirtschaftswachstum einerseits und beschleunigter Energie- und Ressourcenverbrauch sowie steigende Emissionen andererseits. Beide Langfristentwicklungen münden gegenwärtig in ein besonderes Wachstumsdilemma moderner kapitalistischer Gesellschaften. Die Stabilität kapitalistischer Gesellschaften gründet sich auf die Generierung permanenten Wirtschaftswachstums. Bleibt das Wachstum aus, sind steigende Arbeitslosigkeit, Armut und Prekarität die Folge. Zugleich läuft Wachstum als wichtigstes Mittel zur Abfederung und zeitweiligen Überwindung periodisch auftretender Wirtschaftskrisen jedoch zumindest in seiner industriellen, fossilistisch-karbonisierten Gestalt darauf hinaus, mit Arbeit und Natur die „Springquellen“ gesellschaftlichen Reichtums zu untergraben (Marx 1978 [1891]: 15). In anderen Worten, Wirtschaftswachstum als wichtigstes Mittel zur Überwindung ökonomischer Krisen, schlägt mehr und mehr in ökologische Zerstörung um und wird zu sozial destruktivem Wachstum.

Die große Krise von 2007/09 signalisiert, dass diese Wechselbeziehung von ökonomischem Wachstum und ökologischer Zerstörung an einen historischen Umschlagpunkt angelangt ist. Sofern Wirtschaftswachstum überhaupt noch generiert werden kann, zehren die ökologischen Destruktionskräfte den äußerst ungleich verteilten Wohlfahrtsgewinn auf. Den frühindustrialisierten Ländern bleiben daher künftig nur zwei Optionen: „One is to make growth sustainable; the other is to make degrowth stable“ (Jackson 2009: 128). Doch gleich welcher Weg gewählt wird, beide laufen auf eine große gesellschaftliche Transformation hinaus, denn ein „bankrottes System lässt sich nicht mit kurzfristigen Reparaturen am Leben halten“, wir benötigen, so der Umweltökonom Tim Jackson, „etwas ganz anderes“ (Jackson 2011: 54).

Damit sind wir bereits beim zweiten Langfristtrend, der mit dem wachsenden *output* konkreter Gebrauchswerte zusammenhängt, müssen wir ebenfalls differenzieren. Der Beginn perma-

ntem Wachstum fällt mit der industriellen Revolution und zugleich mit dem Beginn menschenverursachter Erderwärmung und einem extensiven Ressourcenverbrauchs zusammen. Wie wir allen wissen, nähern wir uns zunehmend den Grenzen der Regenerationsfähigkeit natürlicher Systeme an und haben planetarische Belastungsgrenzen u. a. beim Klimawandel und der Artenvielfalt bereits überschritten. Würde alle Menschen so leben wie die Bevölkerung der Bundesrepublik, benötigte die Menschheit bereits mehrere Erden, um ihre Bedarfe zu decken. Eine Abkehr von diesem Trend schien lange nur mittels *degrowth by disaster* möglich. So näherte sich der Ressourcenverbrauch zuletzt während der Krisenjahre 1980-83 der Tragfähigkeitsgrenze an; die Emission gingen letztmalig 2009 signifikant zurück. Doch nicht etwa höhere Ressourceneffizienz oder beschleunigtes Umsteigen auf erneuerbare Energien, sondern ökonomisches Minuswachstum sorgte für einen Rückgang klimaschädlicher Treibhausgase. Als die Konjunktur 2010 anzog, war das Rekordniveau der Emissionen aus 2008 (31,5 Millionen Tonnen CO²-Emissionen) rasch wieder erreicht. Eine Ausnahme stellte in Europa z. B. die griechische Schrumpfungsgesellschaft dar; dort hielt das wirtschaftliche Negativwachstum an; zugleich sanken die klimaschädlichen Emissionen.

Berücksichtigen müssen wir allerdings: Hinsichtlich der komplexen Mensch-Natur-Interaktionen besteht eine unendliche Ungewissheit bei den Vorhersagen. Normenwerte, ökologische Belastungsgrenzen und Kippunkte sind, worauf bereits Ulrich Beck hingewiesen hat, wissens- und definitionsabhängig. Damit ist nicht gesagt, dass Belastungsgrenzen inexistent sind. Doch die Wirkungen von ökologischen Risiken, wie sie beispielsweise mit der Freisetzung von Radioaktivität einhergehen, lassen sich nur selten eindeutig zuzuordnen. Sie entziehen sich teilweise sinnlicher Wahrnehmung, sind nicht sichtbar, nicht fühlbar und erschließen sich daher in ihrem vollen Ausmaß nur im Wissen, in der Konstruktion wissenschaftlich fundierter Kausalitätsbeziehungen. Ähnliches gilt für den Treibhauseffekt und mögliche Klimaveränderungen. Globale ökologische Risiken sind daher definitionsabhängig, sie sind Gegenstand von Definitionskämpfen im Wissenschaftssystem und in der Gesellschaft. Soziologen können den Ausgang dieser Definitionskämpfe nur bedingt beeinflussen. Sie können aber darauf hinwirken, dass wissenschaftliche Selbstzweifel gesellschaftlich institutionalisiert werden, und sie können vor allem dort weitermachen, wo naturwissenschaftlicher Sachverstand endet: „Ob [...] eine ‚soziale Marktwirtschaft‘ oder ein ‚demokratischer Sozialismus‘ das beste Gesellschaftsmodell für die mittelfristige Zukunft ist, ja, ob man überhaupt ein Gesellschaftsmodell benötigt, wage ich nicht zu beurteilen“, schreibt der Klimaforscher Hans-Joachim Schellenhuber in seinem Buch „Selbstverbrennung“. Hieraus resultiert die Aufgabe, Wege gesellschaftlicher Transformation ausleuchten und zu diskutieren.

Halten wir fest: kapitalistische Ökonomien können stagnieren oder schrumpfen und ihn ihrer herrschaftlichen Kernstruktur dennoch völlig stabil bleiben. Deshalb verzerrt das einprägsame Bild vom Fahrradprinzip der kapitalistischen Moderne, das mein Kollege Hartmut Rosa gerne nutzt, die kapitalistische Realität. Nach diesem Bild müssen die Pedale ständig (und immer schneller?) getreten werden müssen, damit das Vehikel im Gleichgewicht gehalten werden kann. Tatsächlich kann das Fahrrad beständig in Richtung Wachstum oder Stagnation kippen. Aber es gibt Akteure, die lenken und andere, die in die Pedale treten. Falls das Fahrrad trotz aller Anstrengungen dennoch zum Stehen kommt, können die einen die anderen zwingen, das Vehikel zu stützen und über längere Zeiträume auch ohne Tritt im Gleichgewicht zu halten. Gesellschaftstheoretisch ausgedrückt, verfehlt die Definition einer Steigerungsmoderne, die „sich nur noch dynamisch zu stabilisieren vermag“, weil sie „systematisch auf Wachstum, Innovationsverdichtung und Beschleunigung angewiesen ist, um ihre Struktur zu erhalten und zu reproduzieren“ (Rosa 2016: 673), die krisenhafte Instabilität des Kapitalismus und die Fähigkeit kapitalistischer Akteure, ihre Dominanz, ihr Gewinn- und Expansionsstreben auch ohne Wachstumssteigerung durchzusetzen. Kurzum, sie vermag, auch wegen ihrer Machtblindheit, die krisenhafte sozioökonomische Realität nicht zu erfassen und ist zu ihrem Verständnis auf Begriffskrücken wie die von „Wachstumsgesellschaften ohne Wachstum“ angewiesen.

3. Herausforderungen: Repulsive Globalisierung

Damit sind wir bei einem entscheidenden Punkt. Offenbar haben die Volkswirtschaften der frühindustrialisierten Länder haben „die Zeit des schnellen Wachstums [...] definitiv hinter sich gelassen“ (Galbraith 2016: 9). Verursacht wird der Trendbruch von immanenten Schranken der Kapitalakkumulation. Galbraith nennt als Ursachen u.a. wechselhafte, instabile Energiepreise; eine zunehmend unsichere globale Sicherheitslage; eine neue Etappe der Digitalisierung, die Arbeitsplätze kostet und vor allem ein internationales Finanzsystem, dessen fortlaufenden Betriebsstörungen einen Krisenherd darstellen, der jederzeit und in den unterschiedlichsten Regionen der Weltwirtschaft neue Eruptionen auslösen kann. Schon diese unvollständige Aufzählung konfrontiert den Postwachstumdiskurs mit einem irritierenden Befund. Geringes oder ausbleibendes ökonomisches Wachstum ist nicht in erster Linie das Ergebnis von Naturschranken der Akkumulation¹ und schon gar nicht von ökologisch inspirierter Wachstumskritik. Es ist der zeitgenössische Kapitalismus selbst, der sich in den seinen

¹ Mit dem Klimawandel fügt Galbraith seiner Aufzählung einen weiteren potenziellen Ursachenkomplex für ökonomische Stagnation hinzu, der „noch keine größeren wirtschaftlichen Auswirkungen“ habe, doch diese würden sich früher oder später unweigerlich einstellen (ebd.).

Zentren als entscheidende Wachstumsbarriere erweist. Der Finanzmarkt- ist zum Postwachstums-Kapitalismus geworden. Rasches, permanentes Wachstum ist in den reichen Gesellschaften des globalen Nordens nicht mehr das Problem. Niedriges Wirtschaftswachstum ist hingegen ähnlich zu beurteilen wie Nullwachstum, denn Arbeitslosigkeit, Armut, Prekarität sowie wachsende Einkommens- und Vermögensungleichheit stellen sich – in etwas niedrigeren Dosierungen – auch bei geringem Wirtschaftswachstum ein. Deshalb macht es wenig Sinn, den Begriff der Postwachstumsgesellschaft ausschließlich für nachkapitalistische Alternativen zu reservieren.

Mein Vorschlag lautet, den Postwachstumsbegriff analytisch zu gebrauchen und ihn auf den Gegenwartskapitalismus anzuwenden. Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise von 2007-09 war ein Signal dafür, dass die (finanz)marktbetriebene Globalisierung als ökonomisches Wachstumsprojekt Globalisierung an ihr Ende gekommen ist. Die Globalisierung ist repulsiv geworden, d.h., ihre Folgen schlagen mehr und mehr auf die verursachenden kapitalistischen Zentren zurück. Ich nenne exemplarisch einige der wichtigsten repulsiven Tendenzen.

(1) *Globalisierung und Krise der europäischen Union*: Postwachstums-Kapitalismen sind ein regionales Phänomen. Sie entstehen infolge von Veränderungen in der geoökonomischen Struktur der Weltwirtschaft und für ihre Entwicklung ist die soziale Demokratie nicht mehr die optimale Form. Von den frühindustrialisierten Ländern hat sich der Wachstumspol in Richtung der bevölkerungsreichen Schwellenländer verschoben. Was sich als spannungsvolle Kooperation im pazifischen Raum (China-Amerika) etabliert hat, bedroht Europa in Teilen mit einer Abstiegsprospektive. Nach 1989 durch marktradikale Regimes in Osteuropa mittels „Kotransformation“ (Ther 2014: 18) beeinflusst, prägen die veränderten internationalen Kräfteverhältnisse auch die europäische Integration. Ursprünglich als Antwort auf die deregulierende Tendenz der Globalisierung und als Versicherung gegen deutsches Vormachtstreben gedacht, ist die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) mehr und mehr zu einem Deregulierungstreiber geworden. Statt die Größe des europäischen Binnenmarktes zu nutzen, um über die Gewährung von Marktzugängen soziale Standards in der Weltökonomie durchzusetzen, hat sich innerhalb des europäischen Imperiums ein staatenübergreifender Konstitutionalismus herausgebildet, der die Ungleichheiten in den nationalen Gesellschaften und zwischen den Mitgliedsstaaten vor allem der Eurozone verstärkt, weshalb Gefolgschaft immer häufiger mit autoritativen Mitteln erzwungen wird.

Im Unterschied zu Nationalstaaten zeichnen sich Imperien durch unscharfe Außengrenzen aus. Sie betonen interne Differenzierungen, die räumliche Aufteilung in Zentrum und Periphe-

rie. Anders als demokratische Nationalstaaten sind sie nicht auf Legitimation von unten angewiesen, sondern beschränken sich wesentlich auf Integration, die von den Spitzen der Entscheidungshierarchie ausgeht. Imperien kann man nicht als Bürgerin oder Bürger angehören, sie verleihen keine citizenship, sondern hierarchisch abgestufte Berechtigungen. Stärker als Nationalstaaten beruhen sie auf geduldeter kultureller Pluralität, die jedoch – wie wir gegenwärtig sehen – zu einer zentralen Konfliktlinie werden kann. Die Europäische Union mit ihrem hohen Verflechtungsniveau und einer noch wenig institutionalisierten, allenfalls embryonalen Zivilgesellschaft ist eine Mischform, ein Hybrid aus Imperium und transnationalem Staat. Sie fördert einen entdemokratisierenden Konstitutionalismus, der die Marktorthodoxie in den europäischen Institutionen fest verankert hat. Institutionelle Heterogenität der Mitgliedsstaaten macht sich daher weniger als Schutz vor, sondern primär als Variation von Krisenfolgen bemerkbar. Die von der deutschen Regierung nicht allein, aber doch federführend durchgesetzte Austeritätspolitik hat besonders an der südeuropäischen Peripherie Arbeitslosigkeit, Armut und Prekarität dramatisch ansteigen lassen. Dennoch sind die öffentlichen Schulden, besonders ausgeprägt im griechischen Fall, im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung weiter gestiegen. Mit kollektiven Sicherungssystemen, Tarifverträgen, Kündigungsschutz und Mitbestimmung schwächt eine aufgezwungene Austeritätspolitik ausgerechnet jene wohlfahrtsstaatlichen Institutionen, die sich in ihrer Schutzfunktion zumindest für Teile der Lohnabhängigen als resilient, als krisenrobust erwiesen haben. Zugleich konterkariert der Austeritätskurs die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB). Das billige Geld kann nicht in die Produktionskreisläufe gelangen und dringend benötigte Infrastrukturinvestitionen stimulieren, weil die Nachfrage einschließlich des produktiven Staatskonsums durch die aufgezwungene Sparpolitik beeinträchtigt wird und Umverteilungsmechanismen (Steuerpolitik, organisierte Arbeitsbeziehungen, wohlfahrtsstaatliche Sicherungssysteme) nicht mehr funktionieren. Postwachstums-Kapitalismen laufen somit beständig Gefahr, jene Selbststabilisierungsmechanismen (Kreditsystem, Innovation, Sozialintegration) zu destruieren, die für eine Entschärfung des Kapitalüberschuss-Absorptionsproblems unentbehrlich sind.

(2) *Gewinnstreben, Ungleichheit, Klassenkonflikte*: Trotz sinkender Wachstumsraten bleibt das Gewinnstreben kapitalistischer Unternehmen ungebrochen. Anders als John Stuart Mill und später auch John Maynard Keynes prognostizierten, kommt es nicht zu Abschwächung der „Gewinnsucht“ dominanter kapitalistischer Akteure. Im Gegenteil, schwaches Wachstum bedeutet, dass die Konflikte um Ressourcen, Marktanteile, Profite und Konsumchancen umso härter geführt werden. Als Folge haben sich klassenspezifische Ungleichheiten in einem Maße ausgeprägt, das sie zur Wachstumsbremse werden lässt. Besonders deutlich tritt dieser

Trend in den angelsächsischen Kapitalismen hervor, doch die kontinentaleuropäischen Staaten und vor allem Deutschland nähern sich dieser Entwicklung mit großen Schritten an. Die Bundesrepublik ist heute eines „der ungleichsten Länder in der industrialisierten Welt“ (Fratzscher 2016: 9, 43 ff.). Das oberste Tausendstel der Gesamtbevölkerung verfügt, konservativ geschätzt, über 17 Prozent des Gesamtvermögens; die reichsten zehn Prozent besitzen einen Anteil von mehr als 64 Prozent (Bach/Thiemann/Zucco 2015). Zugleich verdient die Hälfte der relativ vermögensarmen Lohnabhängigen heute weniger als noch vor 15 Jahren; die Verluste der unteren vier Einkommensdezile sind überdurchschnittlich hoch (Fratzscher 2016: 64). Zunehmende Ungleichheit von Vermögen und Einkommen in den OECD-Ländern hemmt – und nur deshalb wird sie für liberale Ökonomen überhaupt zum Problem – das Wachstum. Allein der Bundesrepublik hat die zunehmende Ungleichheit zwischen 1990 und 2010 schätzungsweise 6 % Wirtschaftswachstum (jährlich ca. 160 Mrd. Euro, Fratzscher 2016: 80 ff.) gekostet.

Die ökonomische Stagnation trägt ihrerseits dazu bei, dass sich die soziale Polarisierung in vielen Ländern zunimmt. Der Konzentration von Vermögen innerhalb des obersten einen Prozents der Weltbevölkerungen stehen expandierende Gruppen gegenüber, die wirtschaftlich scheinbar überflüssig sind. Die – zwar expandierende, nichtsdestotrotz winzige – Gruppe superreicher Vermögensbesitzer lebt in einer eigenen Welt, in der die Gesetze nationaler Gemeinwesen kaum noch Gültigkeit besitzen (Beispiel Offshore-Zentren). Der Zugang zu den exklusiven Orten und Immobilien, die für den Luxuskonsum unentbehrlich sind, setzen die Verfügung über Millionenvermögen voraus. Bedeutsamer ist, dass riesige Privatvermögen die Geldeliten beständig zu Versuchen reizen, „sich zu bereichern, indem sie politischen Einfluss ausüben, um ihren Anteil am vorhandenen Kuchen zu vergrößern, statt zur Wertschöpfung der Wirtschaft beizutragen und auf diese Weise den Gesamtkuchen zu mehren“ (Freeland 2013: 218). Der Geldadel schützt seine Privilegien und be- oder verhindert eine wirkungsvolle Regulation des Finanzsektors. Für diese Klassenfraktionen an der Spitze der sozialen Hierarchie ist der „Wahn der Bourgeoisie, dass Geld Geld zeugen kann“ (Arendt 2006: 312), zu sozialer Realität geworden. Die Anlage überschüssigen Geldkapitals im Finanzsektor und die Bereitschaft zu hochspekulativen Geschäften verstärken stagnative Tendenzen, erhöhen die Krisenanfälligkeit der Wirtschaft und tragen so dazu bei, dass selbst in reichen Wohlfahrtsstaaten zehn bis fünfzehn Prozent der Bevölkerung nahezu vollständig aus geschützter Erwerbsarbeit und kollektiven Sicherungssystemen herausfallen. An beiden Enden der sozialen Hierarchie entstehen auf diese Weise soziale Großgruppen, deren Lebensformen und soziale Lagen vom Wirtschaftswachstum nahezu vollständig entkoppelt sind.

(3) *Der ökologische Gesellschafts- als neuer Verteilungskonflikt*: Die Aufschaukelung ökologischer Gefahren gehört ebenfalls zu den repulsiven Wirkungen der Globalisierung. Allerdings müssen wir mit der Vorstellung brechen, eine „demokratische Allbetroffenheit“ durch ökologische Gefährdungslagen werde das Klassenschema, wenn nicht sprengen, so doch relativieren, weil ökologische Risiken letztlich keinen Unterschied zwischen Arbeitern und Kapitalisten machten und, einem Bumerang-Effekt gleich, früher oder später auch diejenigen erwischten, die sie produzierten (Beck 1986: 30). Anstatt die Logik der Reichtumsverteilung durch eine Logik der ökologischen Risikoverteilung zu verdrängen, ist der Postwachstums-Kapitalismus Geburtshelfer eines mehrdimensionalen Verteilungskonflikts, der nicht nur zwischen Arm und Reich, sondern auch zwischen Industriestaaten und globalem Süden, zwischen Zentrum und Peripherie ausgetragen wird. Die Klimagerechtigkeit ist dafür ein besonders markantes Beispiel. Den reichsten 10 % der Weltbevölkerung, die überwiegend in den OECD-Staaten leben, verursachen etwa die Hälfte der CO₂-Emission; umgekehrt ist die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung (etwa 3,5 Mrd. Menschen), die von den Folgen des Klimawandels am stärksten betroffen ist, nur für ein Zehntel des weltweiten Ausstoßes klimaschädlicher Treibhausgase verantwortlich (Oxfam 2015: 4). Zwar produzieren China und die USA 42 % der weltweiten Emissionen, auf Europa entfallen 10 %; Rechnet man jedoch den Konsum ein, ergibt sich ein anderes Bild. Die EU liegt dann mit 16 % nur noch knapp hinter den USA und China (je 21 %). Entscheidend ist jedoch: Das wohlhabendste eine Prozent der Bevölkerungen Amerikas, Luxemburgs, Singapurs und Saudi-Arabiens produziert jährlich 2000 t CO₂ pro Kopf und damit zweitausendmal mehr als die ärmsten Menschen in Honduras, Ruanda und Malawi. Insofern sind Klimawandel und soziale Ungleichheit untrennbar miteinander verknüpft. Für den Ressourcenverbrauch gilt ähnliches. Der ökologische Fußabdruck eines Vermögenden aus dem obersten einen Prozent der Weltbevölkerung übertrifft den eines Angehörigen der ärmsten 10 % um durchschnittlich das 175fache (ebd.; Robert 2015). Die Eindämmung des Klimawandels und die Abkehr von extensiver Ressourcenvernutzung werden daher ohne materielle Umverteilung von den reichen zu den armen Ländern und von den Privilegierten zu den verwundbarsten Klassenfraktionen nicht zu realisieren sein. Das dies in einer stagnierenden Ökonomie ohne harte soziale Auseinandersetzungen möglich sein wird, ist eine mehr als unrealistische Annahme.

(4) *„Neuer Exodus“*: Dass Verteilungskonflikte nicht zwangsläufig an Klasseninteressen aufbrechen müssen, sondern eine völlig anders gelagerte Dynamik annehmen können, zeigt sich an der dritten Repulsion, an den neuen Fluchtbewegungen. Von ökologischer Zerstörung, Kriegen, Hunger oder despotischen Regimes ausgelöst, haben Fluchtbewegungen seit 2011

ein Ausmaß angenommen, das Migrationsforscher von einem neuen Exodus sprechen lässt. Weltweit befanden sich 2015 gut 62 Millionen Menschen auf der Flucht. Das waren 20 Millionen mehr als 2011. Das Gros der Geflüchteten bleibt im eigenen Land oder findet in Staaten des globalen Südens zumindest vorübergehend Aufnahme. In relativer Nähe zu den europäischen Außengrenzen müssen Jordanien, der Libanon und die Türkei schon seit Jahren an der eigenen Bevölkerung gemessen unverhältnismäßig große Flüchtlingszahlen aufnehmen. Nur ein Bruchteil der Geflüchteten erreichte die wohlhabenden kapitalistischen Zentren im Norden. Dennoch bieten sich die Fluchtbewegungen als Anlass für einen Verteilungskonflikt an, in welchem auch relativ geschützte Lohnabhängigengruppen spontan zu exklusiver Solidarität neigen. Selbst gewerkschaftlich organisierte Arbeiter versuchen, ihre eigene soziale Position zu verteidigen, indem sie Ressentiments als Triebfeder „gesellschaftlicher und politischer Aktion“ (Castel 2005: 67 f.) nutzen. Das macht sie für die Botschaften einer neuen Rechten empfänglich, die Stuserhalt mittels Abgrenzung und brutaler Flüchtlingsabwehr verspricht.

(5) *völkischer Populismus*: Die rechtspopulistische Revolte, die mit dem Wahlsieg Trumps ihren vorläufigen Höhepunkt gefunden hat, ist eine *politische Repulsion*, die in problematischer Weise auf die marktgetriebene Internationalisierung antwortet. Nicht in ihrer Programmatik und bei ihren Funktionsträgern, aber in der sozialen Zusammensetzung ihrer Wählerschaft sind rechtspopulistische Formationen Parteien mit großer Ausstrahlung in die Arbeiterschaft hinein. Sie stoßen auf überdurchschnittlich Zustimmung sowohl bei Erwerbslosen als auch bei Arbeitern und Angestellten, die – jahrelang an Sparapelle, Lohn- und Einkommensverzicht und Leistungsintensivierung gewöhnt – im rechtspopulistischen Parteien das geeignete Ventil sehen, um ihrem Ungerechtigkeitsempfinden Ausdruck zu verleihen.

In seinem ideologischen Kerngehalt verfolgt der neue Rechtspopulismus in all seinen Varianten einen individualistischen Ansatz, der die sozialen Pflichten des Einzelnen betont, bürokratische Bevormundung und kollektiv verordnete „Zwangssolidarität“ aber ablehnt. Die „Haltung der Ehrerbietung“ gegenüber den Eliten ist ihm ebenso fremd wie die „Haltung des Mitleids“ gegenüber benachteiligten Gruppen. Beim Versuch, individuelle Freiheit und gesellschaftliche Einbindung auszubalancieren, erweisen sich die Populisten als „Pioniere der Ambivalenz“. Einerseits prokapitalistisch und marktaffin, erschöpft sich der völkische Rechtspopulismus keineswegs in einer Fortsetzung oder Radikalisierung neoliberaler Politik. Für Lohnabhängige in Arbeiterklassenlagen ist er nur attraktiv, sofern er sich glaubwürdig als Bewegungen Polanyi'schen Typs präsentieren kann, die beansprucht, Schutz vor dem Konkurrenzmechanismus global verflochtener Märkte zu bieten. Vom Neoliberalismus unter-

scheidet er sich u.a. durch seine Ablehnung des Freihandels. Vom klassischen Faschismus und traditionellem Rechtsextremismus unterscheidet er sich durch ideologische Figuren, welche das Grundrecht auf Verschiedenheit allen Menschen oder „Rassen“ gleichermaßen zuerkennen wollen. Durchaus zeitgemäß proklamiert die neue Rechte ein Recht auf kulturelle Autonomie und Identität. Kultur denkt sie ahistorisch und homogen. Daraus resultierte eine Absage an jegliche Form der ethnischen oder geistig-kulturellen Vermischung. Dem Festhalten an einer kulturell „reinen“ Nation entspricht das Konzept eines machtbewussten, autoritären Staates, der als Träger kultureller Vergemeinschaftung gegen den herrschenden Pluralismus in Stellung gebracht wird. Entsprechende Ideologeme, die als „Ethnopluralismus“, „differenzieller Rassismus“ oder „Rassismus ohne Rassen“ bezeichnet werden, eignen sich hervorragend für eine Nationalisierung und Ethnisierung der soziale Frage.

Dies geschieht mit Hilfe von drei ideologischen Vereinnahmungen. Erstens deuten die rechtspopulistischen Formationen Verteilungskonflikte zwischen oben und unten in Auseinandersetzungen zwischen innen und außen um. Die Rolle des äußeren Schurken, der sich illegitimer Weise einen Anteil am nationalen Volksvermögen zu sichern sucht, lässt sich flexibel besetzen. Je nach Stimmung können langzeitarbeitslose „Sozialschmarotzer“, muslimische Fluchtmigranten, Angehörige „minderwertiger Kulturen“ oder auch „faule Griechen“ den Schurkenstatus ausfüllen. Je aussichtsloser es Lohnabhängigen erscheint, als ungerecht empfundene Verteilungsverhältnisse mittels demokratischer Umverteilung zu korrigieren, desto eher tendieren sie dazu, sich sozialen Schutz von Flüchtlingsabwehr, Grenzsicherungspolitiken und national-protektionistischen Wirtschaftspolitiken zu versprechen. Die Herausbildung neuer „gefährlicher Klassen“, die angeblich zu Regelverletzungen tendieren, eignen sich zudem hervorragend, um das Bedürfnis nach Schutz und sozialer Sicherheit in einen Diskurs um die innere und öffentliche Sicherheit zu überführen.

Zu dieser Stoßrichtung trägt zweitens eine kulturelle Feindbestimmung bei, die sich gegen liberal-libertäre Wertorientierungen, Multikulturalismus, die Pluralität von Lebensformen und sexuellen Orientierungen, spricht: gegen den „Geist von 1968“ richtet. Als authentische Verkörperung dieses Geistes verkörpern die Grünen den kulturellen Hauptfeind der AfD. Was immer die libertäre Mittelschichtenpartei fordert, die AfD verlangt nahezu automatisch das Gegenteil. Mit dieser kulturellen Frontstellung appelliert der völkische Populismus an eine schweigende moralische Mehrheit, die sich, ihre kulturellen Präferenzen und moralischen Orientierungen im linken, liberal-libertären Diskurs abgewertet sieht. Dabei imitiert die Partei Klassifikationen, mit deren Hilfe Neokonservative in den USA dereinst der „Reagan-Revolution“ zum Durchbruch verholfen hatten. Im Namen vornehmlich hart arbeitender

Männer weißer Hautfarbe hatten sie gegen die „neue Klasse“ hedonistischer Achtundsechziger opponiert, welche angeblich die Werte der „moralischen Mehrheit“ in den Schmutz zog. Für die Neocons war es das legitime Recht der moral majority, eine underclass zu attackieren, die sich in ihrer Wohlfahrtsabhängigkeiten angeblich daran gewöhnt hatte, von staatlichen Almosen zu leben. In der Gegenwart bedienen solche Konstruktionen das verbreitete Bedürfnis nach lebensweltlicher Sicherheit und Kontrollierbarkeit des eigenen Alltags, nach Heimat, Vertrautheit und Stabilität. Mit rückwärtsgewandtem Streben nach alter imperialer Größe („Make America great again!“) sind sie ebenso vereinbar wie mit der Sehnsucht nach dem verblichenen westdeutschen Sozialkapitalismus oder der bevormundeten Geborgenheit in der arbeiterlichen Gesellschaft der ehemaligen DDR. Antifeminismus, die aggressive Abwehr von Gleichstellung, Minderheitenrechten und sexueller Vielfalt bilden gewissermaßen den moralischen Kitt, der wertekonservative Bürger mit Arbeitern verbindet, deren Vorstellung von einem guten Leben sich im liberal-libertären Diskurs nicht wiederfinden.

Ideologisch mit der Konzeption eines kulturell homogenen Volkes ausgestattet, versuchen die Rechtspopulisten drittens, ihr Anliegen als Demokratieprojekt zu präsentieren. Dabei bedienen sie sich einer schlichten Dichotomie. Das Volk, gemeint sind in erster Linie die Rechtspopulisten selbst, attackiert korrupte, leistungsfeindliche Eliten. Im Fokus steht die „volksfeindliche“ politische Klasse, das Führungspersonal der „Altparteien“ oder auch selbstgerechte Medienvertreter. Um sie aus ihren Positionen zu vertreiben, kann direkte Demokratie, können Plebiszite und digitale Gegenöffentlichkeiten zu Mittel der Wahl werden. Demokratie wird auf ein reines Mehrheitsprinzip reduziert, das zudem mit einem eng gefassten, kulturell homogenen Demos agiert. Ein solches Demokratieverständnis kann als Ausschlussmechanismus eingesetzt werden. Es trennt demokratische Institutionen von ihrer Fundierung in Grund- und Menschenrechten. Es entkoppelt demokratischer Verfahren von reichen, ausdifferenzierten Zivilgesellschaften und deren Fähigkeit zu antagonistischer Kooperation. Zu sozialer, wohlfahrtsstaatlich eingetragener Demokratie und verhält sich das rechtspopulistische Demokratieverständnis in hohem Maße widersprüchlich. Der Trumpismus will einen starken Sicherheitsstaat nach außen. Die ohnehin schwachen wohlfahrtsstaatlichen Institutionen werden jedoch als bürokratische Hemmnis des individualistischen amerikanischen Pioniergeistes betrachtet und sollen „dekonstruiert“ (Stephen Bannon) werden. Im Unterschied dazu dockt der Front national mit manch sozialpolitischer Forderung (höherer Mindestlohn) an die egalitäre Tradition der französischen Linken an. Niederländische, dänische, norwegische oder finnische Rechtspopulisten wollen Wohlfahrtsstaat und Frauenemanzipation gar gegen den „totalitären Islam“ verteidigen.

Die AfD hat sich noch nicht endgültig entschieden, wie sie das Mischungsverhältnis aus Individualismus, Marktorthodoxie und Betonung des Sozialen gestalten will. Das wird die Rechtspopulisten nicht daran hindern, sich als Beschützer der „kleinen Leute“ aufzuspielen. Und wir dürfen nicht übersehen, dass sie mit dieser Botschaft durchaus erfolgreich sind.

Ein von uns befragter Gewerkschaftssekretär erklärt das mit Blick auf organisierte ArbeitnehmerInnen mit folgenden Worten:

„Die haben schon Angst, das, was sie haben, jetzt zu verlieren, im Sinne von teilen müssen. Irgendwas müssten sie ja abgeben, irgendwas muss ja neu verteilt werden, wenn die Flüchtlinge jetzt kommen, die Ausländer, [...] der Kuchen ist begrenzt und es werden immer mehr vom Kuchen haben wollen [...] und es ist überhaupt nicht klar, wo und was und wie eigentlich dieser Kuchen aussieht [...] Und dann kommen die Flüchtlinge und erhalten eine Aufmerksamkeit, die man selbst nicht bekommt. Es gibt Investitionen, Lehrer, Personal für Sprachkurse und berufliche Qualifizierung. Das halten viele für ungerecht. Und deshalb ist es selbst für manche Betriebsräte und aktive Gewerkschafter inzwischen kein Widerspruch, sich aktiv an einem Arbeitskampf zu beteiligen und gleichzeitig zur PEGIDA-Demonstration zu gehen oder die AfD zu wählen.“

Wer mit den Rechtspopulisten kokettiert, dem sollten wir sagen: Nur die allerdümmsten Kälber wählen ihre Schlächter selber! Deshalb ist es mehr als gefährlich, Unzufriedenheit und Protest durch einen Stimmzettel für die neue Rechte auszudrücken. Deshalb dürfen wir uns auf die Sirenenklänge der neuen Rechten nicht einlassen. Wir müssen ihnen entgegentreten, im Betrieb, im Sportverein, am Biertisch, in der Schule oder der Kirchengemeinde. Wir brauchen keine Sündenböcke. Wer auf dem Mittelmeer sein Leben riskiert, getrieben von der Hoffnung auf ein besseres Leben in den reichen Ländern des Nordens, der hat zunächst einmal Hilfe verdient. Das ist ein Gebot der Humanität. Wir dürfen nicht vergessen, dass wir alle Verantwortung für die Fluchtursachen tragen. Für den Klimawandel und seine Folgen, für Kriege, für Nichtentwicklung, Hunger und drückende Not. Solidarität muss bei den Schwächsten beginnen. Und das sind in der Gegenwart Geflüchtete. Wer, wie die noch immer Vorsitzende der AfD Petry, eine Rehabilitierung des Völkischen verlangt, fordert eine Rehabilitierung von Nazi-Sprech. Das Hetzblatt, das dem Völkischen diente, hieß Völkischer Beobachter. Und diese Hetze führte, wie wir alle wissen, zu Buchenwald und Auschwitz, zu Völkermord und Krieg. Soweit sind wir noch lange nicht. Aber wir sollten gemeinsam alles

daran setzen, den „Saatboden für einen neue Faschismus“, von dem der Philosoph Jürgen Habermas spricht, möglichst rasch und möglichst gründlich zu beseitigen.

4. Sackgassen: autoritärer Kapitalismus

Gelingt das nicht, driften wir unweigerlich in Richtung eines autoritären Kapitalismus – eine fatale Entwicklung, für die nicht allein die völkischen Populisten verantwortlich sind. Für die Gegenwart müssen wir festhalten: Eine wachstumsgenerierende Alternative zum autoritären Kapitalismus ist, trotz Debatten um einen grünen Kapitalismus und eine digitale Revolution, derzeit nicht in Sicht. Der entscheidende Grund wird auch von heterodoxen Ökonomen häufig übersehen. Die inneren kapitalistischen Landnahmen, die zur großen Finanzkrise führten, haben strukturbildend gewirkt. Sie haben nicht nur Produktionsweisen und Lebensstile, sondern auch Klassenstrukturen, Geschlechterbeziehungen, Naturverhältnisse und die Machtbeziehungen im politischen System verändert. Als Reaktion auf eine Profitklemmen-Krise gedacht, wurden Akkumulationsschranken in Gestalt robuster Wohlfahrtsstaaten, starker Gewerkschaften, Arbeiterbewegungen und Linksparteien mittels Privatisierung öffentlichen Eigentums, erfolgreicher Deregulierung der Finanz- und einer Flexibilisierung der Arbeitsmärkte in „überwindbare Hürden“ verwandelt. Diese innere Landnahme des Sozialen war derart erfolgreich, dass sie nun eine neue, im Vergleich zu den 1970er Jahren aber anders gelagerte Barriere dynamischer Kapitalakkumulation hervorgebracht hat. Infolge der Schwächung von Gewerkschaften und dem Niedergang sozialdemokratischer und sozialistischer Parteien wurde die „politische Ökonomie der Arbeitskraft“ derart in die Defensive gedrängt, dass heute selbst für systemstabilisierende Umverteilungsmaßnahmen in vielen Ländern die Durchsetzungsmacht fehlt.

Der durchschnittliche gewerkschaftliche Organisationsgrad liegt in der EU nur noch bei ca. 23 %. Sinkende Organisationsmacht setzt sich in der Erosion institutioneller Machtressourcen fort. Trotz großer länderspezifischer Unterschiede zeichnet sich insgesamt ein schwindender Einfluss flächenbezogener tariflicher Regelungen ab. Das europäische Austeritätsregime hat die Entwicklung in Richtung betriebs- und unternehmenszentrierter Aushandlungen noch forciert. Ein lohnpolitischer Interventionismus erlaubt der Europäischen Kommission schon jetzt, sich in die nationale Lohnfindung einzumischen. Laut Juncker-Plan sollen Investitionsprogramme künftig nur solchen Ländern gewährt werden, die sich an die europäischen Fiskalregeln halten, sprich: die den Arbeitsmarkt weiter deregulieren, die Löhne begrenzen und strikte Haushaltsdisziplin wahren. Künftig könnten nationale Wettbewerbsräte dafür sorgen, dass die ohnehin geschwächte Lohnabhängigenmacht zusätzlich beschnitten wird. Aus all diesen

Gründen ist es zumindest in den alten kapitalistischen Zentren und insbesondere in Europa unwahrscheinlich, dass sich kurzfristig eine vernünftige, sprich: neokeynesianische Wirtschaftspolitik durchsetzen lässt, die den Struktur gewordenen Postwachstums-Kapitalismus überwindet.

Wahrscheinlicher ist, dass die diversen Postwachstums-Kapitalismen ihrer Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnisse mit autoritären Mitteln zu stabilisieren suchen. Anders gesagt, die dominanten kapitalistischen Akteure sind bemüht, den in Inneren der Gesellschaften zunehmend ungleich verteilten Wohlstand zu konservieren, indem sie sich ein Außen schaffen, dem die Folgekosten der Bewahrungspolitik aufgebürdet werden. Kapitalistische Landnahme mittels Markterweiterung und Entkommodifizierung mittels Ausschluss von Wohlstand oder gar von Lebensnotwendigem gehen Hand in Hand. Der Wohlstand in den europäischen Zentrumsstaaten wird mittels Prekarisierung und Unterklassenbildung erkaufte. Wenige nordeuropäische Gläubigerstaaten disziplinieren die südeuropäische Peripherie und zwingen sie zur Fortsetzung einer Austeritätspolitik, die von Bevölkerungsmehrheiten abgelehnt wird. Und extraktive Ressourcennutzung ist nur möglich, wenn der globale Süden nicht völlig aus seiner Abhängigkeit von den alten kapitalistischen Zentren entlassen wird.

All dies vor Augen, macht es wenig Sinn, Wachstum oder Nicht-Wachstum zum entscheidenden Kriterium für die Bewertung gesellschaftlicher Transformationen zu machen. Die Integration von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt bedeutet Wachstum; die Einführung des Mindestlohns fördert den Konsum und bedeutet Wachstum; dringend nötige Investitionen in soziale Infrastruktur bedeuten Wachstum. Es macht wenig Sinn, dies aus einer wachstumskritischen Perspektive zu attackieren. Trotz anderslautender Rhetorik und dem Beschwören potentiellen Wachstums durch die Mainstream-Ökonomie dürfen wir indessen nicht übersehen, dass Teile der kapitalistischen Eliten längst dabei sind, die gesellschaftlichen Verhältnisse an langsames, schwaches Wachstum anzupassen. Ihre Antwort auf eskalierende Verteilungskonflikte ist ein autoritärer Landnahme-Staat, der die *innere* und *öffentliche* anstelle der *sozialen* Sicherheit in den Fokus politischen Handelns rückt.

Der Ausnahmezustand, den Frankreichs Regierung in Reaktion auf die Terroranschläge des Islamischen Staates (IS) verhängte, ist dafür ein besonders markantes Beispiel. Es handelt sich – auch – um die Antwort eines zunehmend hilflosen und daher repressiven Kernstaates auf die neuartige Verteilungs- und Klassenproblematik. Diese staatliche Reaktion verbindet eine zunehmend selektive Teilhabe der sozial noch einigermaßen geschützten Klassenfraktionen mit einem ideologischen Bürgerkrieg gegen die verwundbarsten Gruppen der Gesell-

schaft. Politische Grenzziehungen bewirken Klassenbildung qua kollektiver Abwertung und Stigmatisierung sozialer Großgruppen. Es entstehen eben jene bereits angesprochenen neuen „gefährlichen Unterklassen“, deren bloße Existenz dann wiederum zur Legitimation repressiver Maßnahmen und erweiterter Machtbefugnisse wird.

5. Alternativen: Kernprojekte demokratischer Transformation

Damit komme ich zu einem wichtigen Punkt. Es geht politisch letztendlich nicht mehr um kleinere Korrekturen, es gibt Fehler im System, das ist ein Satz, den ich von ArbeitnehmerInnen immer wieder höre. Auch von solchen, die mit AfD und Pegida sympathisieren. Aber was sind diese Systemfehler? Wenn wir diese Frage nicht rechten Antidemokraten überlassen wollen, dann müssen wir uns mit ihr auseinandersetzen.

Nehmen wir den ökologischen Gesellschaftskonflikt. Den Klimaleugnern müssen wir Fakten entgegensetzen. Die Wahrheit ist, dass die bei uns vorherrschende Produktions- und Lebensweise nicht im globalen Maßstab verallgemeinerbar ist. Es gilt aber auch: Keines der großen Megathemen – Ungleichheit, ökologische Gefahren, Herausforderungen der Digitalisierung, Fluchtbewegungen oder das Risikopotential deregulierter Finanzmärkte – lässt sich ausschließlich auf nationalstaatlicher Ebene lösen. Deshalb sollte uns klar sein: Wir brauchen Europa. Aber wir benötigen kein Europa, das Ländern wie Griechenland eine Austeritätspolitik aufherrscht, die deren Gesellschaften zerstört. Wir wollen keinen Europäischen Gerichtshof, der sich entgegen seiner eigentlichen Aufgaben anmaßt, soziale Rechte von ArbeitnehmerInnen mit einem Federstrich zu beseitigen. Wir wollen ein solidarisches Europa, das eine Alternative zum ungezügelter Finanzkapitalismus bietet. Wer den Marktradikalismus kritisiert, den europäischen Institutionen praktizieren, ist noch lange kein Antieuropäer! Das Gegenteil ist der Fall.

Für alle Zukunftsthemen, ökologische Gefahren und die Zukunft Europas eingeschlossen, gilt indessen: „Pflasterlipolitik reicht nicht aus!“ Es genügt nicht, nur an den Symptomen herumzudoktern, wir müssen die Krankheit besiegen. Und das heißt, wir müssen Systemfehler korrigieren. Fünf Kernprojekte halte ich für zentral:

Das erste Kernprojekt zielt darauf, systemische Mechanismen wissenschaftlich zu attackieren, die permanent destruktives Wachstum erzeugen. Wir benötigen *nachhaltige gesellschaftliche Regulationsweisen*, die ökologische und soziale Destruktivität sichtbar machen und der Externalisierung von Folgekosten entgegenwirken. Und wir benötigen eine globale Debatte über

Produktionsformen, Produkte und Lebensweisen, die auch stofflich den Bruch mit überflüssigem Konsumerismus und das ethische Gebot des Maßhaltens als Ausweis von Lebensqualität begreifen. Dabei geht es nicht um eine Abkehr von jeglichem Wachstum; das Ziel kann und darf keine stationäre Gesellschaft sein. Stattdessen benötigen wir einen anderen Wachstumsbegriff, der zu einer kollektiven Verständigung über ein Recht auf ein gutes Leben einlädt. Mit gesellschaftlichen Debatten über ein solches Recht lässt sich möglicherweise die utopische Dimension politischen Handelns zurückgewinnen, die der politischen Linken spätestens seit dem Kollaps des osteuropäischen Staatssozialismus abhandengekommen ist. Aus Entwürfen eines guten Lebens, so unterschiedlich sie ausfallen mögen, speist sich schon jetzt eine verbreitete Alltagskritik des „Immer mehr und nie genug!“, das Angehörige aller Lager, seien es nun Gewerkschaften oder Degrowth-Bewegungen aus unterschiedlichen Lebensbereichen kennen. Als Treiber minderer Lebensqualität wird ein verselbstständigtes Wettbewerbsprinzip identifiziert, dessen zerstörerische Wirkung in vielfältigen Ausprägungen erlebt wird. Dieses expansive Wettbewerbsprinzip ist aus Arbeitsalltag in Betrieb und Büro bekannt und wird von Arbeitern und Angestellten in zahlreichen Variationen beschrieben. Die Gesellschaft scheint zu einer Ansammlung von Wettkämpfen degeneriert, die beständig erzeugt es Gewinner und Verlierer erzeugt. Das Recht auf ein gutes Leben wird die Gesellschaft aber nur dann verändern, sofern seine Umsetzung die Machtzentren des Postwachstums-Kapitalismus attackiert

Deshalb kommen wir zweitens nicht umhin, die *Eigentumsfrage in neuer Weise zu stellen*. Kapitalistisches Privateigentum an Produktionsmitteln und sozialistisches Staatseigentum haben sich als untauglich erwiesen, die großen gesellschaftlichen Herausforderungen zu bewältigen. Deshalb benötigen wir insbesondere in den strategischen Schlüsselsektoren der Gesellschaft, in Energie und Wasserwirtschaft, Finanzsektor und auch der Landwirtschaft neue kollektive Eigentumsformen, die Beschäftigte zu Miteigentümern machen. Große Unternehmen müssen, weil sie als gesellschaftliche Institutionen agieren, auf längere Sicht in Mitarbeitergesellschaften verwandelt werden, die einem demokratisch legitimierten Kollektivwillen gehorchen. Daneben gibt es aber schon jetzt Formen eines kollektiven Selbsteigentums – Energiegenossenschaften, Selbsthilfeeinrichtungen, Non-Profit-Organisationen oder Ansätze einer solidarischen Ökonomie. In ihnen artikuliert sich ein gesellschaftliches Bedürfnis nach Eigentumsformen, die Kollektivität mit individuellen Besitzansprüchen kombinieren und individuellen Besitz so in soziales Eigentum transformieren, ohne das Individualeigentum aufzuheben.

Gesellschaftlichen Selbsteigentums ist ein wichtiger Baustein eines dritten Kernprojekts, das ich als *radikale Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft* bezeichne. Weil die De-

mokratie aufgehört hat, die wichtigste politische Form für die Entwicklung des Postwachstums-Kapitalismus zu sein, ist sie nur zu erhalten, wenn sie ausgeweitet und gegen den Kapitalismus in Stellung gebracht wird. Neben kollektivem Selbsteigentum benötigt eine neue Wirtschaftsdemokratie drei weitere Säulen:

- eine induktive demokratische Rahmenplanung einschließlich der Abstimmung über Planalternativen im Rahmen allgemeiner, gleicher und freier Wahlen;
- ein Maximum an direkter Partizipation und Demokratie in Region, Kommune, Betrieb und Unternehmen verbunden sind;
- echte Marktwirtschaft und Märkte als wichtiger Allokationsmechanismus;

Ein einer solchen Wirtschaft könnten noch immer Unternehmen existieren, die Gewinne erwirtschaften. Aber eine gesamtwirtschaftliche Koordination würde sie einer social order unterwerfen, die keine kapitalistische wäre.

Eine Neue Wirtschaftsdemokratie hätte als viertes Kernprojekt *substanzielle Gleichheit und Gelichwertigkeit aller Menschen mittels demokratischem Teilen und Umverteilen* zu fördern. Substanzielle Gleichheit ist sinnvoll, weil ökologische nicht ohne soziale Nachhaltigkeit zu erreichen ist. Unabdingbar sind Projekte radikaler und demokratischer Umverteilung – von Nord nach Süd, von den europäischen Zentrumsstaaten an die europäischen Krisenländer, von oben nach unten und von den Starken zu den Verwundbarsten – den 60 Millionen Geflüchteten, von denen nur winzige Minderheiten die kapitalistischen Zentren erreichen. Für die dringend nötige Debatte ist es sinnvoll, die Eigentumsfrage auch steuerpolitisch zu stellen, wie Thomas Piketty es vorgeschlagen hat. Progressive Steuern insbesondere auf ererbte Vermögen würden das Recht auf Eigentum in ein Recht auf Zeit verwandeln. In der gleichen Logik, die von einer Sozialverpflichtung des Eigentums ausgeht, ließen sich Politiken denken, die Schritt für Schritt umverteilende Maßnahmen durchsetzen: eine Steuer auf fossile Renten, die Umverteilung der globalen Ölrenten, politische Kontrolle der Staatsfonds, eine progressive Einkommenssteuer, demokratisch gesteuerte Zentralbanken, globale Transparenz in den Steuerverwaltungen, einmalige Vermögensabgaben der Geldeigentumsbesitzer, eine europäische Steuerpolitik und die Nutzung der so gewonnenen Finanzmittel für globale Investitionen in den Klimaschutz, die Bekämpfung von Hunger und absoluter Armut, eine Öffnung des Zugangs zu lebenswichtigen Gütern einschließlich elementarer Bildung auch in den Ländern des globalen Südens. Gerade in den kapitalistischen Zentren geht es aber nicht allein um materielle Umverteilung, benötigt wird Zeitwohlstand, Zeit für Muße und Arbeit an der Demokratie.

Das geht nicht ohne Verkürzung und gerechte Verteilung von Erwerbsarbeitszeit (kurze Vollzeit für alle) – ein Projekt, das zu Bündnissen von Gewerkschaften, feministischen Care-initiativen und Degrowth-Bewegungen geradezu einlädt.

Jedes der genannten Projekte hat *fünftens* zu berücksichtigen, dass Weichenstellungen zugunsten einer demokratischen Transformation heute letztendlich nur global erfolgen können. Ökologische Gefahren, ökonomische Krisen, Fluchtbewegungen, und Kriege verlangen nach einer neuen „Weltinnenpolitik“ (Ulrich Beck). Sie zu erreichen ist aber nur möglich, wenn Interessenunterschiede und Gegensätze zwischen Staaten und Weltregionen wechselseitig anerkannt und kooperativ bearbeitet werden. Wir müssen, in den nationalen Gesellschaften beginnend, einen Modus *globaler Kooperation* kreieren, ohne den der alte Soziologentraum einer „Besserung von Gesellschaft“ in einer globalen Ordnung nicht real werden kann.

Die fünf Kernprojekte sind im Sinne eines demokratischen Experimentalismus zu verstehen. Sie beinhalten vor allem Fragen. Sind die genannten Projekte sinnvoll? Müssen sie ergänzt, verworfen oder erweitert werden? Wie lassen sie sich konkretisieren? Mit wem können sie durchgesetzt werden? Und nicht zuletzt: Wie soll eine neue, eine bessere Gesellschaft genannt werden? Ich selbst hätte, wie Erik Olin Wright, keine Schwierigkeit, an einem Kompass zu arbeiten, der die Koordinaten für eine Transformation in Richtung *neo-sozialistischer* Gesellschaften beschreibt, die die Wachstumstreiber demokratischer Kontrolle durch die Zivilgesellschaft überantwortet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich höre schon die Frage. Ist das alles realistisch? Darauf gibt es erste antworten. Ich zitiere:

„Im Kapitalismus über ihn hinaus – das ist, was heute vielerorts bereits passiert und was wir stärken wollen... Unsere Vision ist und bleibt diejenige einer sozialen und ökologischen Wirtschaftsdemokratie... Mehr Demokratie ist eine zentrale Voraussetzung dafür das die Digitalisierung zu einer wirklichen Chance für die Menschen wird.... Im Kern geht es darum, die Verteilungsfrage auszuweiten. Neben der steuerlichen Rückverteilung des gesellschaftlichen Reichtums im Nachhinein braucht es eine gerechte Verteilung wirtschaftlicher Entscheidungsmacht. Indem Betroffene zu Mitbestimmenden gemacht werden, wirkt man der Entstehung ungerechtfertigter und schädlicher Ungleichheiten entgegen.“

Diese Sätze stammen, man höre und staune, aus einem gerade beschlossenen Positionspapier zur Wirtschaftsdemokratie der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

was die kleine sozialdemokratische Partei der Schweiz kann, sollten wir uns auch trauen. Nehmen wir den Ball auf, thematisieren wir die wirklichen Systemfehler. Kämpfen wir für eine bessere, eine gerechtere, sozial und ökologisch nachhaltige Gesellschaft. Dafür brauchen wir einen langen Atem. Aber irgendwann müssen wir damit anfangen. Ohne den Druck eines starken sozialen und politischen Antagonisten versprechen in der Gegenwart nicht einmal Projekte eines prosperierenden grünen oder digitalen Kapitalismus Aussicht auf Erfolg. Wir benötigen das Bündnis von Bratwurst und Tofu, von sozialistischen, von ArbeiterInnen- und Gewerkschaftsbewegungen einerseits sowie ökologischen, feministischen und wachstumskritischen Bewegungen andererseits. Und wer könnte als VermittlerIn besser geeignet sein als die grünen Roten?

Das Streben nach einer besseren Gesellschaft kann an der Kritik zerstörerischer Lebensweisen ebenso ansetzen wie an Lohnkämpfen oder der praktischen Hilfe für Flüchtlinge aus dem globalen Süden. Er kann aus der Oppositionsrolle heraus ebenso praktiziert werden wie in Regierungsverantwortung. Entscheidend ist, das transformative Potential gesellschaftlicher Aktivität aufzuspüren. Hinter den Gehaltsforderungen sagen wir streikender deutscher Erzieherinnen verbirgt sich das Anliegen nach Aufwertung und gesellschaftlicher Anerkennung reproduktiver Tätigkeiten. Dieses Anliegen klagt letztendlich einen grundlegenden Umbau der Gesellschaft, ihres Reproduktionssektors und seiner Finanzierung ein. Es zu verwirklichen ist nicht nur für die Frauen und Migrantinnen, die in diesem Sektor arbeiten, wichtig. Es liegt auch im Interesse von Eltern und betreuten Kinder. Würden entsprechende Forderungen realisiert, könnte das die Tendenz zur Erhöhung von Produktivität mittels Verdrängung lebendiger Arbeit durchbrechen. Die destruktiven Wachstumstreiben würden geschwächt; es käme – langsam und selektiv – zu einem sozialen, krisenrobusten und deshalb nachhaltigen Wachstum.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lasst uns an solchen gesellschaftsverändernden Impulsen ansetzen. Lasst uns dem postfaktischen Zeitgeist überzeugende Fakten entgegen setzen. Kämpfen wir gemeinsam für eine sozial *und* ökologisch nachhaltige, für eine solidarische Gesellschaft!

Vielen Dank und Berg frei!